

Editorial

„Wien für alle“ – Perspektiven zukunftsfähiger Stadtpolitik

Alexander Hamedinger, Leonhard Plank und Andreas Novy

*„Wien ist anders‘. So lautet ein gern bemühter Slogan. In den 20er Jahren schien es klar, wie ‚anders‘ Wien ist: eine ‚rote Insel‘ im ‚schwarzen Meer‘. Doch wie anders ist Wien heute?“
(Becker, Hamedinger & Redak 1999: 1)*

1999 widmete sich das zweite Heft der Zeitschrift Kurswechsel dem Thema „Wien: Möglichkeiten und Grenzen einer alternativen Stadtpolitik“. Dies geschah vor dem Hintergrund einer sich europaweit durchsetzenden Neoliberalisierung, die durch den Eintritt der ÖVP in die Stadtregierung (1996–2001) auch in Wien spürbar wurde. Beschrieben wurde das Wiener Modell im Kurswechsel 2/99 als „Abweichung“ von der damaligen nationalen Politik, aber auch von anderen europäischen Stadtpolitiken: Sein „lokaler Keynesianismus“ setzte weniger auf Standortpolitik durch Anreize für Betriebsansiedlungen, sondern vor allem auf einen starken öffentlichen Sektor und die Anknüpfung der Nachfrage. Gleichzeitig zeigten sich beginnende Abweichungen von der Abweichungsgeschichte, allen voran bezogen auf die Veränderung der lokalen Staatlichkeit in Richtung unternehmerischer Stadt. Dies verleitete zu – aus heutiger Sicht voreiligen – Vermutungen, das Rote Wien sei an sein Ende gekommen (Novy et al. 2001). Tatsächlich zeigten einzelne Beiträge im Kurswechsel 2/99, wie Konzepte der unternehmerischen Stadt, des New Public Management sowie der Privatisierung in konkrete Politik umgesetzt wurden. Doch blieben diese Veränderungen im internationalen Vergleich und im Rückblick moderat.

Die 2001 mit einer absoluten Mehrheit ausgestattete sozialdemokratische Stadtregierung war erneut eine „rote Insel“ und zentrale Referenz einer Alternative zu „Schwarz-Blau“ auf Bundesebene. Dies stärkte innerhalb der Sozialdemokratie die Position der traditionellen Fraktion gegenüber den „Modernisierern“ des Dritten Wegs und verhinderte weitergehende neoliberale Maßnahmen. Vermutlich „rettete“ somit die schwarz-blaue Bundesregierung (2000–2006) das „Rote Wien“. Als diese im Jänner 2007 durch eine rot-schwarze Bundesregierung abgelöst wurde, begann auf Bundesebene eine lange Phase eines Interregnums, die im Rückblick durchaus gemischt zu bewerten ist. Ein politisches Patt verhinderte größere Veränderungen – im Guten und im Schlechten. Zwar konnte die ÖVP mit Hilfe der europäischen Institutionen den Diskurs bestimmen und einzelne Schritte weitergehender Liberalisierung umsetzen, doch die SPÖ verteidigte bis 2017 die Grundstruktur des Wohlfahrtsstaats, der Sozialpartnerschaft und des öffentlichen Eigentums.

Auch deshalb fanden in Wien anders als in anderen Städten, die sich am Dritten Weg von Schröder, Blair & Co. orientierten, nur verhaltene Schritte der Liberalisierung und Privatisierung statt, wie Cross Border Leasing. Mit Ausnahme der durchaus schmerzhaften Privatisierung der Zentralsparkassa blieb das von Karl Lueger und den Sozial-

demokratInnen geschaffene öffentliche Vermögen bis heute im Eigentum der Stadt, wiewohl durch sogenannte Korporatisierungen eine formale Privatisierung erfolgte (Plank in diesem Heft). Wien ist damit weiterhin einer der größten Vermieter Europas, die Stadtwerke bestimmen die lokale Wirtschaft mehr als in allen anderen vergleichbaren Weltstädten.

Heute, 20 Jahre nach Erscheinen des Kurswechsel 2/99, finden die Feiern zu 100 Jahre „Rotes Wien“, statt. Wien ist anders geblieben. Das Wiener Modell gilt nicht mehr als rückwärtsgewandtes „gallisches Dorf“ inmitten eines neoliberalen Mainstream, sondern zunehmend als stadtpolitisches Vorzeigemodell, an welchem sich andere Städte in Europa in verschiedenen Handlungsfeldern (insbesondere im Bereich des sozialen Wohnbaus und in der im Vergleich deutlich inklusiveren Smart City-Politik) orientieren. Doch wie kann und muss das Wiener Modell unter den heutigen Rahmenbedingungen weiterentwickelt werden, um Vorbild zukunftsfähiger Stadtentwicklung zu bleiben?

2019 – neue politische Konstellationen, neue Herausforderungen

„Es scheint, dass linke und alternative Kräfte nur dann ein lokales Gegenprojekt etablieren können, wenn der nationale Block keine Massenakzeptanz für sein Projekt erreicht ...“

(Becker/Novy 1999: 14).

Noch vor einem Jahr befand sich Wien – ähnlich wie in den 1920er Jahren – in einem durchaus feindlichen Umfeld. Die türkis-blaue Bundesregierung begann, den fiskalischen Spielraum Wiens einzuschränken. Die Maastricht-Kriterien, an denen eine neoliberal dominierte Europäische Kommission festhielt, und das deshalb angestrebte Nulldefizit beschränkten Wiens Investitionsmöglichkeiten ebenso wie eine vom Zentralstaat geformte Sozialpolitik, die Kosten auf die großen Städte abwälzte.

Doch gab es 2019 einige unerwartete Veränderungen. Auf europäischer Ebene haben die Wahlen zum Europäischen Parlament und die danach erfolgten Weichenstellungen zu diskursiven Veränderungen geführt, die zu größeren lokalen Handlungsspielräumen führen können. Der „European Green Deal“ und damit einhergehenden Forderungen nach massiven Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen, weisen den Kommunen eine wichtige Rolle im Kampf gegen den Klimawandel zu – und rücken das Thema Infrastrukturen ins Zentrum europäischer Politik. Und der Verweis, dass der Übergang gerecht zu organisieren sei („Just Transition“) zeigt die Notwendigkeit, einen gewissen sozialen und regionalen Ausgleich sicherzustellen, um Massenproteste wie die Gelbwesten zu verhindern. Ob und inwiefern dies fest verankerte neoliberale Politikmuster, von Austeritätspolitik bis Marktfundamentalismus, erschüttern kann, wird sich zeigen.

Auf Bundesebene haben die Nationalratswahlen zu einer Schwächung der FPÖ und einer Stärkung der Grünen geführt. Dies mündete im Jänner 2020 in der Bildung einer türkis-grünen Bundesregierung. Ihr Regierungsübereinkommen „Aus Verantwortung für Österreich“ lässt für die Kommunalpolitik Vieles offen: So wird gleichzeitig angekündigt, an neoliberalen Politikmustern festzuhalten (z.B. in der Förderung von Wohnungseigentum und Steuersenkungen) und neue Schwerpunkte zu setzen (Ausbau öffentlicher Infrastrukturen allen voran des öffentlichen Verkehrs und der Pflege). Tür-

kis-Blau ist zumindest zur Zeit nicht erwünscht. Doch hat damit das autoritär-neoliberale Modell der Ausgrenzung der Zivilgesellschaft, der Marginalisierung von parlamentarischer Opposition und des Zugriffs auf kommerzielle Medien seine Legitimität verloren? Gibt es neue Spielräume für ein „lokales Gegenprojekt“ (Becker/Novy 1999: 14), das zeigt, wie es zukunftsfähiger Stadtpolitik gelingen kann, gleichermaßen Klimaschutz und soziale Teilhabe zu verwirklichen?

Weltweit steht die Kommunalpolitik heute vor diversen Herausforderungen, wobei Klimakrise, Digitalisierung und das Bröckeln des sozialen Zusammenhalts von besonderer Bedeutung sind. 2019 war von der sich verschärfenden Klima- und Umweltkrise gekennzeichnet. Krisen sind niemals bloß objektive Phänomene, denn die Wissenschaft weist schon lange auf die dramatische Zuspitzung der ökologischen Krise und die damit einhergehende Überschreitung planetarischer Grenzen hin (Rockström et al. 2009). Krisen sind immer auch subjektiv, sie hängen von Deutungen ab, durch Einzelne und die Gesellschaft (Jessop 2015). 2019 kam es zu genau diesem Durchbruch in der Wahrnehmung der Klimakrise – Sie gilt nun als persönliche Gefahr und kollektive Herausforderung. Die von Greta Thunberg losgetretene „Fridays For Future“-Bewegung fordert – unter Verweise auf die Befunde internationaler ExpertInnen – „schnelle, weitreichende und beispiellose Veränderungen in allen Bereichen der Gesellschaft“ (IPCC 2018: 36). Der „European Green Deal“ ist ebenso eine Reaktion darauf wie die Ausrufung des Klimanotstands durch das Europäische Parlament und zuvor vieler hunderter Städte, Regionen und Staaten. Ob die Eindämmung der Erderwärmung gelingt, wird auch in Städten mitentschieden, denn sie sind für rund 70% der verbrauchten Energie verantwortlich und für etwa 37 bis 49% der globalen Treibhausgase (van Staden 2014).

Eine zweite Herausforderung stellt der technologische Wandel dar, der als disruptiv (völlig neuartig), bedrohlich (Arbeitsplatzverlust), unvermeidlich (Technikdeterminismus), aber auch befreiend (Technooptimismus) gerahmt wird. Tatsächlich finden auch Digitalisierung, Industrie und Arbeit 4.0, Künstliche Intelligenz, Big Data oder das Internet der Dinge nicht losgelöst von gesellschaftlichen Verhältnissen statt, sondern sind umkämpft und gestaltbar (BEIGEWUM 2018). Es wird zu grundlegenden Veränderungen in der Arbeitswelt kommen – keinesfalls nur im schon weitgehend automatisierten Industriesektor, sondern vor allem im Dienstleistungssektor (z. B. Einzelhandel, Post, Banken, Pflege) (Butollo/Nuss 2019). Die Förderung und Implementierung der digitalen Transformationen sind „ein umkämpftes Terrain von IT-Unternehmen, Stadtregierungen und stadtpolitischen Bewegungen“ (Bauriedl/Strüver 2018: 2). Auch die Vielfalt an Smart-City Strategien zeigt, dass Städte keine Opfer global operierender Technologie-Konzernen sind – auch wenn digitale Plattformen lange Zeit erfolgreich Arbeits-, Sozial-, Gewerbe- und Steuerrecht umgangen und Schlupflöcher ausgenutzt haben (Biber et al. 2017). Barcelona zeigt, wie sich eine Stadtverwaltung gegenüber BürgerInnen, lokalen Unternehmen und Organisationen öffnen kann (Exner et al. 2018; Majó Crespo/Pérez Batlle in diesem Heft).

Die dritte Herausforderung für zukunftsfähige Stadtentwicklung ergibt sich aus der Erosion des sozialen Zusammenhalts und der Zunahme sozio-ökonomischer Ungleichheiten. Die Aushöhlung der Institutionen liberaler Demokratie – von den Rechten von Minderheiten, der Opposition und der Zivilgesellschaft bis hin zum Zugriff auf (kommerzielle) Medien und einer systematischen Politik der Sündenböcke – findet heute auch in unmittelbarer Nachbarschaft Wiens statt. Und auch die zunehmende sozioöko-

nomische Ungleichheit macht vor den Toren Wiens nicht halt: So sind die nominellen Markteinkommen des unteren Quartils der unselbständigen Beschäftigten im Zeitraum 2008–2017 um knapp 10% gesunken, während sie für das oberste Quartil um rund 9% gestiegen sind (vgl. Beitrag von Kadi in diesem Heft). Hinter dieser Entwicklung stehen unter anderem Struktureffekte am Arbeitsmarkt, wie die Zunahme von Teilzeitbeschäftigten oder die steigende Bedeutung des tertiären Sektors (Schmee 2015).

Nicht zuletzt wird diese Entwicklung von veränderten demographischen Mustern geprägt. Während Wien bis 1989 schrumpfte, wuchs die Stadt allein seit Anfang der 2000er Jahre um mehr als ein Fünftel. Dies zeigt die Dynamik der Stadt („Wien wächst“), stellt die städtische Arbeitsmarkt- und Infrastrukturpolitik aber vor die Herausforderung, wie in der durch Zuwanderung heterogener gewordenen Stadtgesellschaft sozialer Zusammenhalt sichergestellt werden kann. Schließlich steht auch Wien wie viele andere Städte vor der Herausforderung einer steigenden Zahl von Menschen, die zwar in Wien ihren Lebensmittelpunkt haben, aber nicht wahlberechtigt sind. Dies trifft vor allem Bevölkerungsgruppen, die auch sozioökonomisch benachteiligt sind (Verlic/Hammer 2019).

Innovative Ansatzpunkte einer „Stadt für alle“

Es gibt verschiedene international diskutierte Ansätze für eine zukunftsfähige Stadtpolitik, die soziale Gerechtigkeit und Solidarität mit der Ökologisierung von Arbeiten, Wohnen und Leben verbinden. Im Folgenden werden einige dieser Modelle und Vorschläge vorgestellt, und mögliche Anregungen für die Wiener Stadtpolitik ausgelotet.

Der neue Munizipalismus will die Gemeinwohlorientierung städtischer Institutionen durch eine neue Beziehung zwischen Stadtregierung und sozialen Bewegungen stärken (Vollmer 2017). Das „Lokale“ gilt als Möglichkeits- und Experimentierraum für eine neue Art von Politik. Dies nicht zuletzt, weil das „Lokale“ näher an den Lebenswelten der Menschen ist und Mobilisierung und Organisation erleichtert (Harvey 2013). Der neue Munizipalismus verbindet Institutionenpolitik im Sinne einer Demokratisierung mit der Förderung der Selbstorganisation der BewohnerInnen und deren Inklusion in stadtpolitisches Handeln. Im Widerstand gegen Dominanz und Kontrolle braucht es die konkrete Wiederaneignung und Selbstorganisation gesellschaftlichen Lebens (Gorz 1991: 97). Ähnlich wie im Ansatz der „emancipatory cities“ (vgl. etwa Lees 2004) geht es daher um Freiheit und Selbstbestimmung, aber eben auch um soziale Gleichheit.

Es gibt Versuche, diese neu entstehenden selbstorganisierten Innovationen institutionell abzusichern, u.a. durch eine „Feminisierung der Politik“ (Vollmer 2017: 152) und die „Beteiligung unabhängiger AkteurInnen, ihre territoriale Verankerung, ein starkes Bemühen um Diversität, proportionale Vorwahlsysteme, partizipative Programme, die Einführung von verpflichtenden ethischen Codes, ein niedriges Maximaleinkommen sowie eine strenge Rechenschaftspflicht“ (Kubazeck/Raunig 2017: 20). Diverse Erfahrungen wurden in einem eigenen Bericht zusammengefasst: „Fearless Cities. A Guide to the Global Municipalist Movement“ (Barcelona en Comú 2019). Es geht um einen umfassenderen Begriff des Öffentlichen, der nicht auf staatliches Eigentum redu-

ziert ist, sondern auch Räume der Selbstverwaltung umfasst. Qualität und Universalität der öffentlichen Dienste sind politisch umkämpft (Brunner et al. 2017; Asara 2019). Es geht also ausdrücklich um eine breitere Demokratisierung von Lebensbereichen. Weiters versucht der neue Munizipalismus, Bündnis der Städte gegen neoliberale, autoritäre und rassistische Politiken in Europa zu schaffen (Kubazeck/Raunig 2017: 30 ff.; Rusell 2019). Fraglich bleibt, wie die Bewegungsdynamik und die Verbindung zu den Lebenswelten der Menschen dauerhaft aufrechtzuerhalten sind. Die Kommunalwahlen 2019 in Spanien zum Beispiel führten zu Verlusten der regierenden munizipalistischen Bewegungen. Madrid wird wieder konservativ regiert, in Barcelona brauchte Bürgermeisterin Colau die Unterstützung der Liberalen für ihre Wiederwahl.

Die „Solidarity Cities“ sind ein weiteres Netzwerk europäischer Großstädte, das auf eine koordinierte Vorgehensweise in der Flüchtlingsthematik pocht und gleichzeitig WissenschaftlerInnen, AktivistInnen, migrantische Organisationen und soziale Bewegungen vernetzt, die sich für Abschiebestopps und die Aufnahme von Flüchtlingen einsetzen. Gefordert wird ein Recht auf globale Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit für alle sowie eine Entkoppelung des Zugangs zu Rechten und Ressourcen in der Stadt von Nationalität und Staatsbürgerschaft (Kron/Lebuhn 2018: 3). In der damit aufgeworfenen Debatte über „Urban citizenship“ (Stadtbürgerschaft) wird „Staatsbürgerschaft“ als Ausgangspunkt des Zugangs zu städtischen Ressourcen und Rechten hinterfragt und grundsätzlich nach den Möglichkeiten der Förderung der gesellschaftlichen und politischen Teilhabe auf städtischer Ebene auch für Nicht-StaatsbürgerInnen gesucht (etwa über die Ausstellung von „kommunalen Ausweisen“ wie in den „sanctuary cities“ in den USA oder Kanada). Die Bewegung der „Solidarity Cities“ fordert soziale Rechte in bestimmten Aspekten (z.B. Wohnen). Recht-auf-Stadt-Ansätze in der Tradition Henri Lefebvres (1968) streben danach, die Stadt als „sozialistisches Gemeinwesen“ umzubauen, um Armut und soziale Ungleichheit sowie die ökologische Krise zu bekämpfen (Harvey 2013: 23; Kron/Lebuhn 2018: 7).

Ein letzter Strang positioniert sich explizit in Opposition zu den dominanten Leitbildern lokaler ökonomischer Entwicklungsstrategien der letzten beiden Jahrzehnte. Die „Foundational Economy“ fokussiert auf die – für Unternehmen wie BürgerInnen – grundlegenden (foundational) wirtschaftlichen Aktivitäten, die die Infrastrukturen des zivilisierten Alltagslebens ausmachen. Sie sind binnenwirtschaftlich ausgerichtet und umfassen wesentliche Teile der Daseinsvorsorge und Nahversorgung (Foundational Economy Collective 2019). Leitendes Ideal ist dabei die Vorstellung einer „gemischten Wirtschaft“ im Sinne von Polanyi (2014), die auf Basis von Bestehendem (z.B. Vermögenswerten, Institutionen, Governance) entwickelt werden soll. Dem Lokalstaat kommt hierbei eine zentrale Rolle zu. Dies erfolgt aber nicht zwingend in klassisch-etatistischer Form, sondern ruht auf breiten Allianzen unter Einbeziehung unterschiedlicher Akteursgruppen vor Ort, was einen Wandel der lokalstaatlichen Steuerung hin zu einer experimentellen Governance nötig macht (Morgan 2019). Diese müsse über Fragen rechtlicher Eigentümerschaft hinausgehen und auch die jeweiligen Organisations- und Geschäftsmodelle in den Blick nehmen. Denn wie die weltweite stattfindenden Re-kommunalisierungen zeigen, folgt die zu beobachtende Rückkehr des Lokalstaats unterschiedlichen ideologischen Motiven – von radikal-demokratischen Projekten in Barcelona zu autoritären Entwicklungen in Ungarn (Plank 2020). Auch die Imitation von Finanzialisierungspraktiken (z.B. Verbriefungen auf Basis kommunaler Vermögens-

werte) zeigt die Grenzen eines beschränkten Fokus auf Eigentumsrechte (Thompson et al. 2020).

Aus diesen Konzepten und Erfahrungen einer „Stadt für alle“ können wichtige Lehren für eine zukunftsfähige Stadtpolitik in Wien gezogen werden – sowohl was die Stärkung der Alltagsökonomie und die damit verbundene Behauptung des öffentlichen Sektors in der Daseinsvorsorge betrifft als auch die Ausweitung von politischer und sozialer Teilhabe im Sinne von „StadtbürgerInnenrechten“ und die weitere Öffnung der bürokratisch-etatistischen Governance für soziale Bewegungen und die Zivilgesellschaft. Städte sind wichtige Akteure, um eine Politik der sozial-ökologischen Transformation voranzutreiben, die die Forderung nach Freiheit für und Inklusion von allen mit neuen Regelsetzungen und Grenzziehungen verbindet. Gerade auch den vielfältigen nicht-nachhaltigen Freiheitsforderungen eines konsum- und kapitalstarken sozialen Milieus müssen Grenzen gesetzt werden – sowohl beim Schließen von Steuerungsschlupflöchern als auch bei SUVs in der Stadt (vgl. dazu Blühdorn 2019; Reckwitz 2019; Novy et al. 2020).

Gutes Leben für alle – ein Wiener Modell zukunftsfähiger Stadtentwicklung?

Zukunftsfähige Stadtpolitik ist heute wesentlich eine Politik, die den notwendigen ökologischen Umbau so organisiert, dass Teilhabe ermöglicht wird und der soziale Zusammenhalt gewährleistet bleibt. Der notwendige Kulturwandel hin zu einem neuen Verständnis von gutem Leben erfordert eine neue Balance aus individueller Selbstverwirklichung und notwendigen sozialen und ökologischen Grenzzsetzungen. Die vergangenen Jahrzehnte waren charakterisiert durch Dynamisierung und Auflösung von Grenzen bis hin zu Globalisierung und Digitalisierung. Aktuell gewinnen Gegenbewegungen an Bedeutung, die neue Regeln und Grenzen fordern – angefangen von ökologischen Grenzen im Ressourcenverbrauch bis zur Regulierung von digitalen Plattformen (Zuboff 2018; Kallis 2019).

Was braucht es nun unter diesen konkreten Bedingungen, um eine zukunftsfähige Stadt zu schaffen, die allen BewohnerInnen ein gutes Leben ermöglicht? Die Stadt Wien definiert ihr ambitioniertes Ziel der Stadtentwicklung folgendermaßen: „Hohe Lebensqualität für alle Wienerinnen und Wiener bei größtmöglicher Ressourcenschonung durch umfassende soziale und technische Innovationen“ (vgl. Stadt Wien 2019a). In diesem abschließenden Teil werden wir zentrale Erkenntnisse dieses Hefts zusammenfassen, die Wege jenseits autoritärer und ausgrenzender Stadtpolitik aufzeigen. Wir meinen, das Wiener Modell des guten Lebens für alle müsste zwei seiner Säulen weiterentwickeln: ein bewohnerzentriertes Konzept von Stadtbürgerschaft, das Teilhabe und Inklusion stärkt sowie die sozialökologische Transformation seiner städtischen Infrastruktur.

Stadtbewohnerzentriertes Konzept von Stadtbürgerschaft (urban citizenship)

Aus unserer Sicht ist ein erweitertes Konzept von Stadtbürgerschaft von zentraler Bedeutung für zukunftsfähige Stadtentwicklung. Vor 100 Jahren verankerte die österreichische Bundesverfassung die gleichen Rechte aller StaatsbürgerInnen. Im Laufe des

20. Jahrhunderts gesellte sich zur formalen Gleichheit vermehrt auch materielle und soziale Gleichheit (Piketty 2014). Doch braucht es im 21. Jahrhundert darüber hinaus ein stadtbewohnerzentriertes Konzept von Stadtbürgerschaft (*urban citizenship*), denn für die Teilhabe am städtischen Leben braucht es gleichermaßen bürgerliche, politische und soziale Rechte (Marshall 1992). Doch sind fast ein Drittel der BewohnerInnen Wiens vom vollen Wahlrecht ausgeschlossen. EU-BürgerInnen dürfen ihr Wahlrecht einzig bei Bezirksvertretungswahlen ausüben. Und 2002 untersagte der Verfassungsgerichtshof das Ausländerwahlrecht, weshalb rechtliche Besserstellung ausländischer BewohnerInnen bei politischen Wahlen nicht in Sicht sind.

Unser Vorschlag fokussiert daher neue Räume des Politischen, nämlich eine sozial-ökonomische Demokratisierung. Darunter verstehen wir die Ausweitung des demokratischen Raumes über bestehende Institutionen parlamentarischer und direktdemokratischer Institutionen hinaus. Konkret umfasst dies auch die Teilhabe an der Gestaltung des Lebensumfelds sowie der Qualität und des Preises von öffentlichen Infrastrukturen und Dienstleistungen.

Partei- und Politikverdrossenheit ist heute weit verbreitet, was die Legitimation von gemeinwohlorientiertem Handeln schwächt. Deshalb braucht es mittels sozialökonomischer Demokratisierung neue Formen der Einbindung der BewohnerInnen, und zwar nicht nur der artikulationsfähigen Bevölkerung und nicht nur derjenigen mit einem österreichischen Pass. Partizipationsangeboten sind heute vielfach selektiv. Deshalb betont Wencke Hertzsch in ihrem Interview in diesem Heft, wie wichtig die Weiterentwicklung der Partizipationsprozesse in Richtung Ko-Produktion und Ko-Kreation wäre. Sie plädiert dafür, die Offenheit von Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen zu fördern. Gleichzeitig müssten zentrale Zielsetzungen der Stadt Wien wie Gemeinwohlorientierung, Klimapolitik und Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge den Rahmen für konkrete Beteiligungsprozesse setzen. So erfordert die ernsthafte Umsetzung der städtischen Klimastrategie und den damit einhergehenden Dekarbonisierungszielen, dass in lokalen Beteiligungsprozessen nur Projekte umgesetzt werden, die diesen Zielsetzungen entsprechen – konkret bräuchte es also einen klaren Rahmen für eine städtische Mobilitätswende auch im Grätzel, die Rad Fahren, Zu-Fuß-Gehen und den öffentlichen Verkehr fördert. Zudem wären das transparente Dialoge und Beteiligungsangebote, insbesondere auch für soziale Gruppen ohne laute Stimme, wichtig für einen gerechten Interessenausgleich.

Die Öffnung des politisch-administrativen Systems für die Mitwirkung der Bevölkerung an der Entscheidung und Gestaltung des Gemeinwesens sowie die Förderung der zivilgesellschaftlichen Selbstorganisation sind für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung wichtig. Aber auch diese Öffnung braucht Grenzziehungen und Regelsetzungen, z.B. in den Zielsetzungen (Welche Ziele sind in einem Stadtteil legitim: mehrheitlich befürwortete Segregation?), in den Themenfeldern (in welchen stadtpolitischen Fragen macht das Sinn: Stadtteilbefragungen zur Verkehrspolitik?) und in den Kommunikationsprozessen selbst. Nicht zuletzt ergeben sich daraus Herausforderungen für die Wiener Planungskultur, denn es braucht dringend den Übergang von einer „Kultur des Einforderns von Mitbestimmungsmöglichkeiten zur einer Kultur des gemeinsamen Gestaltens (Co-Creation)“ (Stadt Wien 2019b: 99).

Wie der Beitrag von Plank in diesem Heft zeigt, ist auch bei den öffentlichen Diensten eine Öffnung der bestehenden städtischen Governance möglich, die sich an internatio-

nalen Referenzmodellen orientieren könnte. Exemplarisch wäre hier der städtische Wasserversorger „Eau de Paris“ zu nennen, der im Zuge der Rekommunalisierung der Wasserversorgung mit einem neuen Aufsichtsgremium ausgestattet wurde, dem neben Beschäftigten auch VertreterInnen von Umwelt- und KonsumentInnenschutzorganisationen sowie externe ExpertInnen angehören. Darüber hinaus wurde auch eine eigene Wasserbeobachtungsstelle eingerichtet, in der alle relevanten Dokumente über die Pariser Wasserpolitik eingesehen werden können. Derartige Modelle könnten eine Reform der Public-Governance-Strukturen der formal ausgelagerten Wiener Stadtwerke inspirieren.

Ein stadtbewohnerzentriertes Konzept von Stadtbürgerschaft (*urban citizenship*), das individuelle bürgerliche, politische und soziale Rechte gewährt, sieht Teilhabe als universelles Recht. Es ist ausdrücklich kein Sozialstaatsmodell für die Bedürftigen, sondern für alle. Während es bei *fearless cities* und *solidarity cities* stark um eine Kultur der Offenheit für flüchtende Menschen geht, geht es bei einem stadtbewohnerzentrierten Modell um Rechte, die im Handlungsbereich der Kommune liegen – dazu zählt das Fremdenrecht nicht. Konkret kann das Modell unterschiedliche Ansatzpunkte haben: Rechte könnten an die Meldung eines ordentlichen Wohnsitzes in der Stadt gebunden werden. Ein strikteres Modell bindet Rechte an den mehrjährigen Aufenthalt in der Stadt, wie dies aktuell mit dem Wien-Bonus nach fünf Jahren durchgehender Meldung zu Bevorzugung beim Zugang zu Gemeindewohnungen führt. Mit einem Meldezettel, bzw. einer bestimmten Mindestdauer des Wohnsitzes in der Stadt, könnte eine Wien Card erwerbbar sein, die den StadtbewohnerInnen freien oder ermäßigten Zugang zu zentralen städtischen Infrastrukturen und Dienstleistungen ermöglicht – vom öffentlichen Verkehr und City Bikes bis zu Bädern und Museen. Konkret könnte von bestehenden Modellen wie „Wien Mobil“ ausgegangen werden und andere Angebote digitalisiert und/oder erweitert werden (z.B. Kulturpass).

Sozialökologische Infrastrukturen zur Stärkung der Alltagsökonomie

Die Klimakrise ist eine der zentralen Herausforderungen zukunftsfähiger Stadtentwicklung, die kollektives Handeln erfordern. Die Hoffnung auf individuelle Verhaltensänderungen und Bewusstseinsbildung ist ohne radikal geänderte Rahmenbedingungen, neuen Regeln und Infrastrukturen illusorisch. So wie es die sozialen Infrastrukturen des Roten Wiens, insbesondere den Gemeindebau und Freizeiteinrichtungen, brauchte, um sozialen Zusammenhalt zu sichern, braucht es sozialökologische Infrastrukturen, die leistbar und für alle zugänglich sind, um auf ressourcenschonende Weise Bedürfnisse zu befriedigen.

Schon lange versucht die Stadt Wien, in Koalition mit anderen Akteuren und Netzwerken, Widerstand gegen die marktschaffende europäische Liberalisierungspolitik in der Daseinsvorsorge zu organisieren. Deutsche und österreichische Kommunen verbindet hierbei eine lange Tradition der kommunalen Selbstverwaltung, die durch ein einseitiges Verständnis von Binnenmarkt unterlaufen wird. Dass europäisch vernetzter Widerstand erfolgsversprechend sein kann, zeigt sich an der aktuellen Auseinandersetzung um die Neuregelung des EU-Rechtsrahmens für die Plattformökonomie (Hassler et al. 2019).

Die Digitale Agenda Wien 2025 legt in sieben Handlungsfeldern konkrete kurz- und mittelfristige Maßnahmen fest, um Wien als Digitalisierungshauptstadt in Europa zu

positionieren. Die programmatische Ausrichtung folgt dem Manifest eines „digitalen Humanismus“, das festhält, wie Informationstechnologie menschlichen Werten und Bedürfnissen gerecht werden kann (Wiener Manifest für Digitalen Humanismus 2019¹). Ausdrücklich geht es dabei im Sinne der Aufklärung um einen „europäischen“ Weg der Gestaltung technologischer Entwicklung. Dies erfordert eine bewusste Distanz zum vorherrschenden Dynamisierungsparadigma und die demokratische, inklusive und ökologische Gestaltung eines Regulierungsparadigmas (Reckwitz 2019). Letzteres macht öffentliche Debatten und gesellschaftliche Auseinandersetzungen notwendig, um den digitalen Wandel in den Dienst sozial-ökologischer Transformation zu stellen (WBGU 2019). Eine derartige „sanfte Digitalisierung“ wäre durch digitale Suffizienz, Datenschutz und Gemeinwohlorientierung gekennzeichnet (Lange und Santarius 2018). Europäische Erfahrungen auf städtischer Ebene liefern konkrete Anknüpfungspunkte und Experimente (Morozov/Bria 2017; Stadt Wien 2019b; Majó Crespo und Pérez Batlle in diesem Heft), wie eine smarte Stadtpolitik sozialökologische Transformationsprozesse unterstützen kann, wenn sie Partizipation mit Gemeinwohlorientierung und der Bekämpfung sozialer Ungleichheit verbindet (Luque et al. 2005: 85 ff.)

Clemens Himpele und Alina Pohl diskutieren in ihrem Artikel in diesem Heft, wie Wohlstand gemessen werden kann. Dabei stellen sie bisherigen Messkonzepte in Frage, da diese wichtigen Elemente eines guten Lebens nicht adäquat abbilden, da sie vorrangig auf monetäre Ressourcen (Geldeinkommen und Transferleistungen) fokussieren. Doch ermöglichen steigenden Konsummöglichkeiten aus individuellen Markteinkommen nur eingeschränkt ein gutes Leben in der Stadt. Das gute Leben hat in den Städten des 21. Jahrhunderts mehr mit nachhaltigen und allen zugänglichen Infrastrukturen, mit Zeitwohlstand und gleichen Teilhabechancen zu tun. Nicht-monetäre Angebote, insbesondere öffentliche Infrastrukturen, leisten einen wesentlichen Beitrag zur Erhöhung von Lebensqualität und Wohlstand in der Stadt. Mögliche Anknüpfungspunkte für alternative Wohlbefindens-Messungen in Wien reichen von komplexeren indikatorbasierten Systemen à la „Wie geht’s Österreich?“ (Statistik Austria 2019) zu simpleren Messkonzepten grundlegender Lebensqualität wie dem Vorschlag des Residual-Haushaltseinkommens, das vom verfügbaren Einkommen noch die unvermeidlichen Ausgaben für Wohnen und Mobilität abzieht (Froud et al. 2018).

Und genau dies ist historisch gesehen Wiens große Stärke. Seine städtische Infrastruktur, die unter Lueger und dem Roten Wien entstanden ist, ermöglichte es im Wohlfahrtskapitalismus, gleichermaßen wirtschaftliche Entwicklung zu fördern und sozialen Fortschritt zu verwirklichen. Novy et al. zeigen in ihrem Beitrag in diesem Heft, wie öffentliche Infrastrukturen heute ermöglichen, Gemeinwohlorientierung und Dekarbonisierung zu verbinden. Sie definieren sozialökologische Infrastrukturen als Infrastrukturen, die ökologisch nachhaltig und „für alle“ zugänglich sind (z. B. im Bereich Bildung, Alltagsökonomie, Mobilität, Freizeitangebot, öffentlicher Raum). Die Förderung von Formen nachhaltiger Mobilität, eine stärkere Sozialraum- und Wohnumfeldorientierung in der Standortentscheidung („Zugänglichkeit“) sowie die Gewährleistung der Leistbarkeit solcher Infrastrukturen sind Ansatzpunkte einer sozialökologischen Ausrichtung der städtischen Infrastrukturen. Justin Kadi betont in seinem Artikel, dass die politische Regulierung von Profitinteressen in der Wiener Wohnungspolitik leistbares Wohnen fördert. In seiner Beurteilung der aktuellen Maßnahmen zur Bereitstellung von preiswertem Wohnraum (z. B. durch die Einführung der Widmungskategorie

„Geförderter Wohnbau“) kommt Kadi zum Schluss, dass dies gute Ansätze sind, um gegen Vermarktlichung und zunehmende Wohnkostenbelastungen anzukämpfen. Gleichzeitig bleiben diese Maßnahmen angesichts der sich verschärfenden Probleme am privaten Wohnungsmarkt bisher noch „stückhaft“ und ungenügend.

Gemeinwohlorientierung und Leistbarkeit kann sichergestellt werden, indem der lokale Staat Infrastrukturen (z.B. Wohn-, Wasser- und Energieversorgung) selbst bereitstellt. Neben der Weiterentwicklung etablierter lokalstaatlicher Modelle (Stadtwerke, interkommunale Kooperation) in Richtung verstärkter Transparenz und Ökologisierung nehmen intermediäre Organisationen schon lange eine wichtige Rolle bei einer zukunftsfähigen Stadtentwicklung ein. Der Beitrag von Gerald Kössl weist auf die Rolle der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft in Österreich und England hin und illustriert beispielhaft, welchen ökonomischen und gesellschaftlichen Mehrwert diese gemeinwirtschaftlich agierenden Ankerinstitutionen produzieren können. Auch das kürzlich lancierte Pilotprojekt des Wiener Stadtgreißler versucht, einen lokalen Anker im Grätz zu setzen, um damit den sozialen Zusammenhalt vor Ort zu stärken.

Insgesamt ist also für zukunftsfähige Stadtentwicklung mehr Kooperation mit und Partizipation von nicht-staatlichen AkteurInnen notwendig. Die bestehenden Verwaltungsstrukturen der Stadt würden an Wirksamkeit gewinnen, wenn intermediäre Institutionen aufgewertet werden. Es ist daher sinnvoll, mit Modellen der Selbstorganisation sowie des Commonings, d.h. der Selbstverwaltung von Ressourcen durch BewohnerInnen, zu experimentieren, ohne damit Privatisierung von Raum und soziale Exklusion voranzutreiben (Stadt Wien 2019b). Besonders interessant erscheinen uns Modelle von Experimental Governance, die „Ko-Kreation“ und Civic-Public-Partnerships in der Stadtentwicklung stärken (Morgan 2019).

Anmerkung

1 2019 legte Wien unter diesem Titel ein neues Förderprogramm auf.

Literatur

- Asara, Viviana (2019): The Redefinition and Co-Production of Public Services by Urban Movements. The Can Batlló Social Innovation in Barcelona. In: *Partecipazione e Conflitto (PACO)* 12 (2), 539–565.
- Barcelona en Comú with Debbie Bookchin and Ada Colau (2019): *Fearless Cities. A Guide to the Global Municipalist Movement*. Oxford: New Internationalist Publications Ltd.
- Bauriedl, Sybille/Strüver, Anke (Hg., 2018): *Smart City – Kritische Perspektiven auf die Digitalisierung in Städten*. Bielefeld: Transcript Verlag.
- Becker, Joachim/Hamedinger, Alexander/Redak, Vanessa (Hg., 1999): *Wien: Möglichkeiten und Grenzen einer alternativen Stadtpolitik, Kurswechsel 2/1999*.
- Becker, Joachim/Novy, Andreas (1999): Chancen und Grenzen einer alternativen Kommunalpolitik in Wien. Ein historischer Überblick. In: *Kurswechsel 2/1999: 5–16*.
- BEIGEWUM (Hg., 2018): *Umkämpfte Technologien: Arbeit im digitalen Wandel*. Hamburg: VSA Verlag.
- Biber, Eric/Light, Sarah E./Ruhl, J.B./Salzman James (2017): Regulating business innovation as policy disruption: From the model T to Airbnb. In: *Vanderbilt Law Review* 70(5), 1561–1626.
- Blühdorn, Ingolfur (2019): Die Mühsal, mündig zu sein. In: *DIE PRESSE – SPECTRUM* 02.03.2019, I-II.
- Brunner, Christoph/Kubaczek, Niki/Mulvaney, Kelly/Raunig, Gerald (Hg., 2017): *Die neuen Municipalismen. Soziale Bewegungen und die Regierung der Städte*. transversal texts.

- Butollo, Florian/Nuss, Sabine (Hg., 2019): *Marx und die Roboter: Vernetzte Produktion, Künstliche Intelligenz und lebendige Arbeit*. Berlin: Karl Dietz Verlag.
- Exner, Andreas/Cepoiu, Livia/Weinzierl, Carla (2018): *Smart City Policies in Wien, Berlin und Barcelona*. In: Bauriedl, Sybille/Strüver, Anke (Hg.): *Smart City – Kritische Perspektiven auf die Digitalisierung in Städten*. Bielefeld: Transcript Verlag, 332–344.
- Foundational Economy Collective (2019): *Die Ökonomie des Alltagslebens: Für eine neue Infrastrukturpolitik*. Berlin: Suhrkamp.
- Froud, Julie/Haslam, Colin/Johal, Suhkdev/Tsitsianis, Nick/Williams, Karel (2018): *Foundational Liveability: Rethinking Territorial Inequalities*. Manchester: FEC Working Paper 5.
- Gorz, André (1991): *Und jetzt wohin? Zur Zukunft der Linken*. Berlin: Rotbuch Verlag.
- Harvey, David (2013): *Rebellische Städte*. Berlin: Suhrkamp.
- Hassler, Wolfgang/Himpele, Klemens/Leopold, Iulia (2019): *Plattformökonomie – was Wien von der EU will*, <https://awblog.at/plattformoekonomie-was-wien-von-der-eu-will/>. 04.12.2019
- IPCC (2018): *Global Warming of 1.5°C*. Intergovernmental Panel on Climate Change.
- Kallis, Giorgos (2019): *Limits: Why Malthus Was Wrong and Why Environmentalists Should Care*. Stanford: Stanford University Press.
- Jessop Bob (2015): *The Symptomatology of Crises, Reading Crises and Learning from Them: Some Critical Realist Reflections*. In: *Journal of Critical Realism* 14(3), 238–271.
- Kron, Stefanie/Lebuhn, Henrik (2018): *Solidarische Städte: Globale Soziale Rechte und das Recht auf Mobilität*. Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung.
- Kubaczek, Niki/Raunig, Gerald (2017): *Die politische Neuerfindung der Stadt. Eine Einführung zu den aktuellen kommunalistischen Bewegungen in Spanien*. In: Brunner, Christoph/Kubaczek, Niki/Mulvaney, Kelly/Raunig, Gerald (Hg.): *Die neuen Munizipalisten. Soziale Bewegungen und die Regierung der Städte*. Transversal texts, 7–28.
- Lange, Steffen/Santarius, Tillman (2018): *Smarte grüne Welt? Digitalisierung zwischen Überwachung, Konsum und Nachhaltigkeit*. München: oekom Verlag.
- Lees, Loretta (Hg., 2004): *The Emancipatory City? Paradoxes and Possibilities*. London/Thousand Oaks/New Delhi: SAGE Publications.
- Lefebvre, Henri (1968): *Le droit à la ville*. Paris: Éditions Anthropos.
- Luque, Andrés/MacFarlane, Colin/Marvin, Simon (2005): *Smart Urbanism. Cities, Grids and Alternatives*. In: Graham, Steven/Marvin, Simon (Hg.): *Splintering Urbanism: Networked Infrastructures, technological mobilities and the urban condition*. London: Routledge, 75–91.
- Marshall, Thomas H. (1992): *Bürgerrechte und soziale Klassen: Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates*. Frankfurt/Main: Campus.
- Morgan, Kevin (2019): *Experimental Governance and Territorial Development*. [Discussion Paper]. Broadening innovation policy: New insights for regions and cities. Paris: OECD.
- Morozov, Evgeny/Bria, Francesca (2017) *Die smarte Stadt neu denken Wie urbane Technologien demokratisiert werden können*. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Novy, Andreas/Redak, Vanessa/Jäger, Johannes/Hamedinger, Alexander (2001): *The End of red Vienna? Recent Ruptures and Continuities in Urban Governance*. In: *European Urban and Regional Studies* 8(2): 131–144.
- Novy, Andreas/ Bärnthaler, Richard/Heimerl, Veronika (2020): *Zukunftsfähiges Wirtschaften, Weinheim*: Beltz.
- Plank, Leonhard (2020): *Reframing Public Ownership in the Foundational Economy: (Re)discovering a Variety of Forms*. In: Barbera, Filippo/Rees Jones, Ian (Hg.) *The Foundational Economy and Citizenship: Comparative perspectives on civil repair*. Bristol: Policy Press.
- Polanyi, Karl (2014): *The Great Transformation: Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, II. Aufl., Berlin: Suhrkamp.
- Reckwitz, Andreas (2019): *Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Rockström, J., W. Steffen, K. Noone, Å. Persson, F. S. Chapin, III, E. Lambin, T. M. Lenton, M. Scheffer, C. Folke, H. Schellnhuber, B. Nykvist, C. A. De Wit, T. Hughes, S. van der Leeuw, H. Rodhe, S. Sörlin, P. K. Snyder, R. Costanza, U. Svedin, M. Falkenmark, L. Karlberg, R. W. Corell, V. J. Fabry, J. Hansen, B. Walker, D. Liverman, K. Richardson, P. Crutzen, and J. Foley. (2009) *Planetary boundaries: exploring the safe operating space for humanity*. *Ecology and Society* 14(2): 32.
- Russel, Bertie (2019): *Beyond the Local Trap: New Municipalism and the Rise of the Fearless Cities*. In: *Antipode* 51(3), 989–1010.
- Schmee, Josef (Hg., 2015): *Wiener Herausforderungen. Arbeitsmarkt, Bildung, Wohnung und Einkommen*. Wien: Arbeiterkammer Wien.

- Stadt Wien (2019a): Smart City Wien Rahmenstrategie 2019–2050: Die Wiener Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Wien: Stadt Wien.
- Stadt Wien (Hg., 2019b): Alltagsökonomie in Wien – ein neuer Zugang zu Ökonomie und Stadt. Werkstattbericht 183. Wien: Stadt Wien (MA 18).
- Statistik Austria (2019): Wie geht's Österreich?, http://www.statistik.at/web_de/statistiken/wohlstand_und_fortschritt/initiativen_zur_fortschrittmessung/index.html
- Thompson, Matthew/Nowak, Vicky/Southern, Alan/Davies, Jackie/Furmedge, Peter (2020): Re-grounding the city with Polanyi: From urban entrepreneurialism to entrepreneurial municipalism. In: Environment and Planning A, <https://doi.org/10.1177/0308518X19899698>
- van Staden (2014): Klimawandel: Was er für Städte bedeutet. Kernergebnisse aus dem Fünften Sachstandsbericht des IPCC.
- Verlic, Mara/Hammer, Katharina (2019): Mind the Gap – Achtung demokratische Beteiligung. <https://awblog.at/achtung-demokratische-beteiligung/>. 31.10.2019.
- Vollmer, Lisa (2017): Keine Angst vor Alternativen. Ein neuer Munizipalismus. In: sub\urban. Zeitschrift für kritische Stadtforschung 5(3), 147–156.
- WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2019): Unsere gemeinsame digitale Zukunft. Berlin: WBGU.
- Zuboff, Shoshana (2018): Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus. Frankfurt/New York: Campus Verlag.